

## **Integration oder Abweisung? Debatte über Migrantenpolitiken in Berlin**

Union und FDP fordern schnelle Rückweisungen von Migranten. Merz setzt der Regierung eine Frist. SPD steht in der Kritik.

In der Hauptstadt Berlin ist eine hitzige Debatte über die Rückweisung von Migrant an den deutschen Grenzen entbrannt. Die Union und die FDP fordern von der Bundesregierung eine zügige Entscheidung zu diesem Thema, was hohe Wellen schlägt. Führende Politiker, insbesondere aus der Union, setzen sich vehement dafür ein, dass Migrant an den Grenzen auch tatsächlich zurückgewiesen werden können, was zugleich ein zentraler Streitpunkt innerhalb der Ampel-Koalition darstellt.

Die FDP nimmt eine kritische Haltung gegenüber ihrem Koalitionspartner, den Grünen, ein. So äußerte FDP-Vize Wolfgang Kubicki, dass die Grünen irren würden, wenn sie behaupten, Rückweisungen seien rechtlich unmöglich. Er warf den Grünen vor, blockierend zu wirken und damit die Sicherheit des Landes zu gefährden. Ähnlich äußerte sich der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, der betonte, dass die Blockadehaltung der Grünen das Land in Gefahr bringe und die Koalitionsfähigkeit in Frage stelle.

### **Friedrich Merz fordert klare Ansagen**

In diesem Konflikt nahm CDU-Chef Friedrich Merz eine klare Position ein. Der Unionsführer kündigte an, dass seine Partei nur dann bereit sei, in neue Gespräche einzutreten, wenn ein

Mechanismus zur Rückweisung von Migranten an den Grenzen beschlossen werde. Merz setzte bereits eine Frist bis kommenden Dienstag und forderte eine verbindliche Erklärung von der Bundesregierung. Dies stellt eine klare Botschaft des Drucks dar, den die Union auf die Regierung ausübt, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Widerspruch kommt jedoch von der SPD. Kevin Kühnert, der Generalsekretär der Partei, wies Merz' Ultimatum zurück und warnte davor, dass die bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg zu einem unrealistischen Tempo in der Diskussion führen könnten. Kühnert betonte zudem, dass die Gespräche bis zu diesem Punkt viel zu ernsthaft gewesen seien, um sie durch Provokationen zu belasten.

Eine bemerkenswerte Wende nimmt die Diskussion jedoch durch die Aussagen von Daniela Behrens, der SPD-Innenministerin aus Niedersachsen. Sie zeigte sich offen für die Möglichkeit, bestimmte Migranten an den Grenzen zurückzuweisen, wenn dies rechtlich geklärt werden kann. Behrens deutete an, dass dies ein Zeichen an die anderen EU-Staaten sein könnte, um die Solidarität innerhalb der Union wiederherzustellen.

## **Rechtslage und Expertenmeinungen**

Die rechtliche Situation zu Rückweisungen ist jedoch komplex. Mitglieder der Grünen, wie Irene Mihalic, und Experten wie der Rechtswissenschaftler Constantin Hruschka argumentieren, dass Rückweisungen nicht mit den bestehenden europäischen Gesetzen vereinbar sind. Sie verweisen auf die Dublin-Verordnung, die besagt, dass Asylbewerber nur in das Land überstellt werden dürfen, das für ihre Anträge zuständig ist. Eine Rückweisung an Länder, in denen bereits Asylanträge gestellt wurden, ist demnach nicht zulässig.

Die FDP hingegen beruft sich auf nationale Gesetze, die Rückweisungen an den Binnengrenzen vorsehen. Kubicki erklärte, dass der Paragraph 18 des Asylgesetzes klare

Regelungen hierfür festlegt. Das nationale Recht könnte also theoretisch eine Handlungsbasis bieten, auch wenn die Dublin-Vereinbarungen tendenziell den Rückfluss von Migranten in andere Länder regeln.

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich forderte eine gemeinsame Anstrengung von Union und SPD für ein rechtssicheres Gesamtkonzept in der Migrationspolitik. Er äußerte, dass trotz der bestehenden Differenzen ein kreativer Dialog ohne Denkverbote notwendig sei. Mützenich hob hervor, dass die SPD-Fraktion bereits nächste Woche über das von der Ampel-Koalition beschlossene Sicherheitspaket beraten möchte, welches als Reaktion auf aktuelle Verbrechen und den Wunsch nach strengeren Regelungen initiiert wurde.

In der vergangenen Woche wurde beschlossen, das Waffenrecht zu verschärfen und die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auszubauen. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die innere Sicherheit in Deutschland zu verbessern und Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration weiter zu verstärken. Das Innenministerium plant, in naher Zukunft Gesetzesentwürfe zur Umsetzung dieser Maßnahmen vorzulegen. Die Diskussion um Rückweisungen wird also weiterhin ein zentraler Bestandteil der politischen Agenda bleiben. Die verschiedenen Positionen und Argumente der Parteien zeigen, wie tiefgründig und vielschichtig die Diskussion um die Migrationspolitik in Deutschland ist.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**